Ein neues Urteil des Staatsgerichtshofes.

Die „Rote Fahne" vom 7 Januar meldet:

Leipzig, den 6. Januar 1926. Wieder standen kommunistische Arbeiter aus Mecklenburg, dem Lande der Fememörder, wegen Vorbereitung des Hochverrats, begangen im Herbst 1923, vor dem Staatsgerichtshof. Zwei führende sozialdemokratische Gewerkschaftler, der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftskartells Schilling und Gewerkschaftsredakteur Wiebold, saßen neben den Funktionären der herrschenden Klasse zu Gericht über die Arbeiter Peters, Paßkowsky und Anders aus Neubrandenburg in Mecklenburg.

Der Tatbestand ist folgender:

Peters, der seit nahezu zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt, Paßkowsky und Anders, die seit einem Jahre verhaftet sind, waren im Jahre 1923 Kommunisten. Als solche beteiligten sie sich an den Vorbereitungen zur Abwehr der schwer bewaffneten völkischen Putschisten in Mecklenburg. Bei Peters wurden ein paar Sprengstoffpatronen und eine geringe Menge Sprengstoff gefunden. Anders soll im Auftrage Paßkowskys Sprengstoffe vergraben und eine Pistole im Besitz gehabt haben. Obwohl Paßkowsky wegen des Besitzes der Pistole bereits vom Schöffengericht verurteilt ist, wurde gegen ihn zum zweitenmal in dieser Sache unter den „höheren Gesichtspunkten des Hochverrats" verhandelt.

Das Gericht amnestierte nur Anders und verhängte gegen Peters zwei Jahre Zuchthaus, davon 1 Jahr 8 Monate verbüßt, gegen Paßkowsky 1 Jahr vier Monate Gefängnis, davon 1 Jahr verbüßt, sowie die üblichen Geldstrafen.

Opfer der Zankow-Justiz.

Sofia, 6. Januar. Der größte Kommunisten-Prozeß in der Stadt Schumen wurde am 28. Dezember beendet. Die Genossen Germanow, Georgiew, Pentschew, Penew, Jetschew und Stoilow wurden zum Tode, **9 Genossen wurden zu lebenslänglichem Kerker und 102 Genossen zu 15 bis 1 Jahr Kerker verurteilt.** 324 von den Angeklagten wurden freigesprochen, nachdem sie im Kerker seit April 1925 saßen. Den Freigesprochenen hat die Bevölkerung der Stadt einen feierlichen Empfang bereitet.

Nach der letzten offiziellen Statistik der Polizeidirektion, deren Zahlen man kein Vertrauen schenken darf, sind in Bulgarien vom 1. Juli bis 30. Dezember 1925 folgende Mordtaten zu verzeichnen: absichtliche Morde 129, „zufällige" Morde 67, Verwundungen 167, „Selbstmorde" 82, lebendig verbrannt 7, Morde verschiedener Art 152, **„gelungene" und ermordete Emigranten und Illegale 93.**" (R. F. v. 7. 1. 26.)

Militärdiktatur in Griechenland

Belgrad, 6. Januar. Wie die Blätter aus Saloniki melden, herrscht unter den politischen Gegnern Pangalos Panik. Wegen angeblicher kommunistischer Umtriebe sind bisher mehr als 800 Personen verhaftet worden, darunter in der Hauptsache Angehörige der demokratischen Partei. Alle Verhafteten werden sogleich nach den Aegäischen Inseln gebracht. Unter den Verhafteten befinden sich auch zahlreiche Frauen und fremde Staatsangehörige. Allen oppositionellen Politikern ist die Ausreise verboten worden; es wurde ihnen angedroht, daß jeder Fluchtversuch mit dem Tode bestraft würde.

Pangalos hat dem Vertreter des „Temps" in Athen eine Erklärung abgegeben, in der er sagte: „Die Außenpolitik Griechenlands wird in keiner Weise geändert werden. Auch wir sind vom Geist von Locarno beseelt und hoffen, bald einen Garantiepakt der Mächte des Balkans (nach Englands Wunsch (!) unterzeichnen zu können, der die Ergänzung zu dem Pakte von Locarno darstellen wird."

Die deutschvölkische Presse teilt diese Dinge mit Genugtuung mit, zumal General Pangalos auch die Auflösung der sozialistischen Gewerkschaften und die Beseitigung des Streikrechts beschlossen hat.

Wirtschaft

Noch Zunahme der Erwerbslosigkeit

Aus Königsberg wird berichtet, daß die Zahl der Erwerbslosen im Stadtbezirk Königsberg vom 17. bis 29. Dezember von 9998 auf 11083 gestiegen ist. In Hamburg war in der vergangenen Woche eine Zunahme der Erwerbslosenziffer um 274 Personen zu verzeichnen. Am 15. Dezember betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland 1 057 031. In der ersten Dezemberhälfte war eine Steigerung von 57 Prozent zu verzeichnen. Für die zweite Dezemberhälfte rechnet man mit einer Steigerung von 12 bis 15 Prozent. Da die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur ungefähr ein Drittel der tatsächlich Arbeitslosen beträgt, so muß gegenwärtig mit einer Erwerbslosigkeit von weit über 3 Millionen gerechnet werden, also jeder vierte industrielle Arbeiter ist gegenwärtig arbeitslos. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß die Zahl der Kurzarbeiter, die ebenso Not leiden wie die Erwerbslosen, gleichfalls in die Millionen geht.

Den deutschen Proleten wird es heute mit der Hungerbeitsche demonstriert, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln das schwerste Hemmnis für die Entfaltung der Produktivität und die Wurzel aller Krisen und Stürme ist, die das deutsche Wirtschaftsleben schon seit Jahren erschüttern.

Selbst dem dümmsten Proletarier ist es eine bekannte Tatsache, daß die Steuern, die ihm am Lohntage abgezogen werden, zur Erhaltung des Staates dienen.

Der Staat wiederum als Ueberbau der kapitalistischen Gesellschaft zur Niederhaltung des Proletariats bezahlt nicht etwa seine Organe selbst.

Ach nein, der Gummiknüppel, der auf den Proletarier niedersaust, das Mordwerkzeug, mit dem rebellierende Proletarier erstochen und erschossen werden — das alles muß der Proletarier bezahlen.

Die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, die grandiose Unterstützung die der Staat den Erwerbslosen zukommen läßt, muß selbstverständlich wiederum der Proletarier bezahlen und wird ihm dies am Lohntage abgezogen.

Dies eben angeführte ist eine Selbstverständlichkeit, und wenn wir gezwungen sind, uns damit zu befassen, so geschieht das aus einem ganz bestimmten Grunde.

Die kapitalistische Gesellschaft hält den Knochen, den sie den aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderten hinwirft, für ausreichend, um die Sklaven vor dem Rebellieren abzuhalten.

Diese Plebejerinnen sind zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig; aber da die Macht in den Händen der Bourgeoisie liegt, so bezahlt sie auch diese Bettelpfennige mit den Steuergeldern der in Arbeit stehenden Proletarier.

Die KPD.-Parolen und Anträge mit ihren Forderungen an die demokratische Hungerrepublik, ihre Parlamente und Gewerkschaften zur Besoldung des Erwerbslosenheeres, erwecken Illusionen, die nicht zu verwirklichen sind.

Es kommt darauf an, nicht „parlamentarische Abstimmungsmajoritäten zu erringen, sondern das Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl des Proletariats zu entwickeln, um den kompromißlosen Klassenkampf gegen den sich mit allen Gewaltmitteln vor dem Untergang wehrenden Kapitalismus aufzunehmen.

Riesenkonzentration in Amerika

Nach Berichten von der New-Yorker Börse schweben dort Verhandlungen über großzügige Bankenzusammenschlüsse. Die Zusammenschlüsse werden sich auf die Mechanics and Metals National Bank, die Chatham u. Phenix Bank, die National Park Bank, die Chemical National Bank, die Central Union Trust Co. und die National Bank Trust Co. erstrecken. Das Aktienkapital dieses Bankentrusts würde eine Höhe von 50 Millionen Dollars aufweisen und über Gesamtdepositen von 1465 Millionen Dollars sowie über einen Ueberschuß und unverteilte Gewinne von insgesamt 95 Millionen Dollars verfügen. Dadurch würde die National City Co., die bisher mit rund 1 Milliarde Dollars fremden Geldern die kapitalstärkste Bank Amerikas darstellte, von diesem Platze verdrängt werden.

Die Banken gehen so vor, daß sie sich vorerst paarweise zusammenschließen, um am Ende zu einem Riesentrust zusammen zu stoßen. Einige andere größere Banken werden sich der Vereinigung noch anschließen. Die endgültige Verschmelzung wird noch im Jahre 1926 perfekt werden.

Hinter dieser ganzen Bewegung steht erst eine der größten amerikanischen Großbanken, die Firma Dillon, Read u. Co., die doch wahrscheinlich das ganze krönen wird. Es wird da also ein Bankgiganf von unerhörter Kapitalkraft erstehen. Hinter diesem kommen dann die obengenannte National City Co. und die Morgan-Bank. Diese 3 Kapitalgrößen werden nicht nur einen Riesenkomplex des amerikanischen Kapitals beherrschen, sondern auch eine gewaltige Macht in Europa ausüben.

Die Hauptmotive der Verschmelzung sollen die Steigerungen der Unkosten des Bankgeschäfts an und für sich, sowie der Wunsch sein, den unnötigen Wettbewerb zu beseitigen und die Betriebsausgaben herabzumindern, die das nebeneinanderbestehen der hunderte Zweigstellen erfordert.

Der New Yorker Bankenzusammenschluß ist für die europäische Wirtschaft von größter Bedeutung. Europa kommt in die Macht eines Herrn. Sind diese Banken es doch zum größten Teil, die viele Milliarden Dollar in der europäischen Industrie haben. Die Staaten stecken vollständig in ihrer Zinszange. Die Eisenbahn-, Post-, Zoll- und Steuereinnahmen ganzer Staatsgebilde sind ihnen verpfändet. Eine ganze Anzahl europäischer Tabakmonopole wird von ihnen ausgebeutet. Dusjenige Polens ging vor kurzem in Dillons Besitz über. Um die Uebernahme des französischen Tabakmonopols verhandelt er gegenwärtig.

Das amerikanische Finanzkapital schlägt in die paneuropäische Wirtschaftsunion Bresche, bevor noch der Gedanke eine richtige Formation erhält. Und dabei fressen immer die Großen die Kleinen.

Der wirtschaftliche Gegensatz: Amerika — Europa

Amerika gegen internationale Wirtschaftskonferenzen. Wie die „New York Evening Post" berichtet, hat der amerikanische Handelsminister Hoover erklärt, daß er gegen jede Teilnahme an Wirtschaftskonferenzen irgend welcher Art sei. Solche Konferenzen würden nur zahllose Komplikationen mit sich bringen. Was die Möglichkeit von Handelsrepressalien anbetrifft, so würde die Einführung solcher Maßnahmen die **gänzliche Zerstörung der wirtschaftlichen Struktur der Welt** bedeuten. Die Regierung der Vereinigten Staaten, so fügte er hinzu, würde sorgfältig alles vermeiden, was auch nur den Anschein von Repressalien gegen Nationen haben könnte, die beschuldigt würden, übermäßige Preise für Rohmaterialien, besonders für Gummi und Kaffee, zu fordern.

Aus Berichten, die dem Präsidenten Coolidge zugingen, ist zu entnehmen, daß die allgemeine Geschäftslage am Ende dieses Jahres eine wachsende Prosperität im Jahre 1926 erwarten läßt.

Der Generalpostmeister erklärte, daß die Geldpostanweisungen nach Europa zu Weihnachten die bedeutendsten seit dem Kriege waren. Die Anweisungen nach Deutschland nahmen gegenüber dem Vorjahre um 43. die nach Polen um 49 Prozent zu.

Ein Weltkunstseidetrust

Zwischen einer Anzahl der größten Kunstseidefabriken schweben Verhandlungen über einen Zusammenschluß. So z. B. zwischen den Vereinigten Glanzstoffwerken, der Curthalds-Gesellschaft, der Snia, Viscosa u. a. Die führende italienische Fabrik hat ein Drittel ihres Kapitals an englische Fabriken abgetreten. Die bedeutendsten deutschen Firmen sowohl wie auch französische und englische sind wieder mit amerikanischen Werken verschwägert.

Die beiden zuerst genannten Werke haben die Errichtung einer großen Fabrik in Deutschland beschlossen. Fast alle europäischen Kunstseidefabriken an erster Stelle die deutschen, haben zusammen mit amerikanischen Firmen unlängst in Amerika Werke errichtet, bzw. sich an solchen beteiligt. Der Gedanke eines internationalen Zusammenschlusses liegt also nahe.

Obwohl die Kunstseide (als das billigere Produkt) noch ein großes Feld vor sich hat, würde dieses wilde drauflosgründen in kurzer Zeit zur Ueberproduktion führen. Diese zu verhüten, ist nötigenfalls einzuschränken und die Preise zu „regeln", ist die Triebfeder der Konzentration des Kunstseidekapitals

Verlängerung des 100 Millionen-Kredits an die Sowjet-Union.

Der deutsche Kredit an Rußland ist um 3 Monate verlängert worden. Die Verlängerung wird damit begründet, daß ein großer Teil der Lieferungstermine über die Ablaufsfrist des Kredites hinausging, so daß er nicht voll in Anspruch genommen werden konnte. Sowjet-Rußland hofft, daß die deutsche Großfinanz nach 3 Monaten den Kredit nochmals um ein Vierteljahr verlängert. Also werden die russischen Proletarier weiter einen Teil ihrer Arbeitskraft dafür einsetzen müssen, damit die deutschen Großbanken einen hübschen Profit einstecken können.

PROLETARIER Nr. 1

erscheint demnächst

Preis des Heftes 0,50 Mark

Aus dem Inhalt:

Die weltpolitische Lage seit Locarno und das Proletariat — Das Agrarproblem — Geopolitik und Geo-Oekonomie — Die Zollfragen und die Arbeitermasse — Bücher — Notizen — Bibliographie.

Enthält erhöhte Propaganda

Jugendbewegung

Es beginnt zu dämmern

Rote Jungstürmer werden der Militärspielerei überdrüssig.

Zweck und Ziel der Gründung des „Roten Frontkämpferbundes" und des „Roten Jungsturmes" ist es, die gefühlsmäßig eingestellten revolutionären Proletarier durch Angasserei an ihre rückständige kleinbürgerliche Ideologie über den Weg dieses „Sammelbeckens der revolutionären Proletarier" den konterrevolutionären Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei zuzuführen. Obwohl es dieser „revolutionären" Partei bis heute gelungen ist, durch Abhaltung von Dutzenden roten Paraden und Uebungen der roten Frontkämpfer, dieselben von der wirklichen revolutionären Klassenorganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union, abzuhalten, gelingt ihnen auf der anderen Seite die Treibjagd zu den Orgeschgewerkschaften doch nicht. Die ganzen Bestrebungen der KPD. in Bezug des RFB. sind in Halle zu einem großen Fiasko geworden, daß man, wie in den meisten größeren Städten, von einer offenen antigewerkschaftlichen Stimmung reden kann. So wenig politisch geschult diese bei jedem proletarischen Aufstand aktiven Kräfte sein mögen: das eine haben sie erkannt, daß der größte Teil ihrer im Kampfe gefallenen und bestialisch ermordeten Klassengenossen das Opfer der kapitalserhaltenden Gewerkschaften und deren prominenten Führer, wie Noske, Severing und Hörsing, waren. Aber trotzdem lassen diese Proletarier sich immer noch für gewerkschaftliche und KPD.-Komödien gebrauchen, wie es am Sonntag, den 20. Dezember, in den meisten Städten Mitteldeutschlands der Fall war. Sie konnten noch nicht verstehen daß derartige „revolutionäre" Aktionen unsinnig sind und konterrevolutionär wirken müssen. Obwohl die meisten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber grundehrlich denken, entscheidet hier weniger die Erkenntnis, als kleinbürgerliche Neigung und Glauben, so daß sie trotz ihrer bitteren Erfahrungen sich noch nicht von der Illusionspolitik der KPD. trennen können.

Um so erfreulicher ist es, daß sich in Halle zeigte, daß alle roten Parademärsche und die Erziehung zur militärischen Disziplin ihre Wirkungskraft vor der revolutionären Propaganda der KAJ. und KAP. zu verlieren beginnen. Als die Mannen des RFB. im Takte der Militärkapelle stolzerhobenen Hauptes durch die Straßen Halles marschierten und unzählige Schilder mit unzähligen illusionären Forderungen mit sich trugen, da kamen sie auch an einem Trupp früherer Kameraden des „Roten Jungsturms" vorbei, welche durch intensive agitatorische Arbeit der KAJ. zu derselben gestoßen waren. Zuerst verdutzte Gesichter, dann entrüstetes Geschrei über die sogenannte Quertreiberei der KAJ. Die in Spalier stehenden Spießer wurden auf die für die Demonstranten peinliche Situation aufmerksam, bis endlich ein Bonze herangeeilt kam, welcher die noch in voller Jungsturm-Uniform dastehenden Genossen aufforderte, sich in den Zug zu scheren, worauf ihm von unserer Genossen die Antwort zuteil wurde, daß sie kein Interesse hätten, für die illusionären Forderungen der KPD. zu demonstrieren.

Nur so weiter, Jugendgenossen! Zeigt den Mitgliedern des „Roten Jungsturms" und der KJV. die konterrevolutionäre Haltung ihrer Organisationen in Frage der Gewerkschaften und des bürgerlichen Parlamentarismus auf. Erklärt ihnen die Notwendigkeit der Stärkung der einzigen Klassenkampforganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union, zur Durchführung der proletarischen Revolution! Es beginnt auch im „Roten Jungsturm" zu dämmern. Aktive Arbeit muß die der Militärspielerei überdrüssig werdenden Mitglieder des R. J. St. für den revolutionären Klassenkampf gewinnen.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Bezirksführer!

Am **Dienstag, den 12. Januar**, abends ½8 Uhr, findet eine **erweiterte Sitzung der Berliner Zentrale** bei **König**, Langestraße 54, statt (nicht Schule, Gipsstraße). Hierzu sind die Diskussionsredner und Referenten einzuladen.

Der Arbeits-Ausschuß.

Allgemeine Arbeiter-Union
Kommunistische Arbeiter-Partei.

Donnerstag, den 14. Januar 1926,
nachmittags 2 Uhr:
Große öffentliche
Erwerbslosen-Versammlung
in
Neukölln, Kindl-Brauerei, Hermannstraße.
Thema:
Steigendes Elend. — Was ist zu tun?

2. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, im Lokal Gehlschläger, Berlichingenstraße 5, Mitgliederversammlung. Referat: **Die Entwicklung der Religion und des Gottesglaubens.** — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Köhn, Neue Hochstraße 28. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung, bei Jakob, Galvanistraße 7. Vortrag: **„Die Akkumulation des Kapitals".** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

17. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße. Sympathisierende mitbringen. Referat über **„Psychoanalyse und Marxismus".**

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung in Reinickendorf, Ecke Sommer- und Seebeckstraße. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Mitarbeiter! Berichterstatter!

Einsendungen für die Presse sind stets an den Verlag, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49 oder an die Pressekommission zu übermitteln. **Nie an die Druckerei!** Letzteres hat stets Verzögerungen zur Folge.

Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden. **Nie mit Bleistift!** Dies hat stets Verzögerung zur Folge oder Nichtverwendung, da uns die Zeit zum Abschreiben fehlt.

Zitate müssen stets mit Quellenangabe und Datum bezeichnet sein. Einsendungen von wichtigen Zeitungsausschnitten müssen stets mit dem Namen und Datum und der Parteirichtung bezeichnet werden.

Die Pressekommission.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Indrese, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 4

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der „Retter" entlehlt!

Das wochenlange Hin- und Herpendeln um die neue Regierung in der deutschen Demokratischen Republik soll jetzt durch einen Befehl des „Retters" kurzerhand beendigt werden. Darüber wird amtlich u. a. mitgeteilt:

„Er (Hindenburg) müsse aber nunmehr **dringend bitten, mit aller Beschleunigung** eine **endgültige Klärung** darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit zur Schaffung der Großen Koalition vorliegt. Eine weitere Verzögerung durch die Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, bis **spätestens Donnerstag vormittag** ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen."

So bietet der bürgerliche Parlamentarismus, an dem sich jeder „Volksgenosse" durch Abgabe eines Stimmzettels für irgendeine Partei beteiligen kann, ein Bild kläglichster Unentschlossenheit und Unterwürfigkeit. Die kleinbürgerlichen Sozialpatrioten haben noch nicht den „Mut zur Verantwortung" für die Große Koalition ganz aufgebracht. Sie lassen in den Reihen ihrer eigenen Anhänger erst darüber abstimmen, wer für und gegen die Große Koalition ist, und der vielgewandte Scheidemann hat es bereits fertiggebracht, auf einer am 10. Januar in Kassel abgehaltenen Bezirkskonferenz der SPD.-Funktionäre von Hessen-Kassel eine Entschließung für die Große Koalition durchzudrücken.

Gewiß haben sich noch große Bezirke gegen die Große Koalition erklärt, wie z. B. Groß-Berlin, Sachsen, Ruhrgebiet, aber das Ultimatum Hindenburgs wird auch noch manches Wunder unter den augenblicklichen Gegnern der Großen Koalition bei der SPD. zustande bringen. Wegen der Mindestforderungen läßt sich reden; nur „die große Notlage" zwingt diese Sozialchauvinisten dazu, sie aus taktischen Gründen noch aufrecht zu erhalten. Das hat der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Otto Braun, der seit Jahren die Regierung der Großen Koalition in Preußen leitet, richtig erkannt, wenn er laut „Vorwärts" vom 12. 1. 26 erklärt:

„Von **„Bedingungen"** und **„Programmen"** halte ich nach meinen Erfahrungen nichts. Verstehen **die Männer**, die wir ins Kabinett **entsenden**, sich durchzusetzen, dann können sie aller schöner Bedingungen und Programme entraten. Gelingt ihnen das nicht, dann nützen ihnen auch alle **Bedingungen und Programme nichts.**"

Trotzdem also auch die SPD. sich klar darüber ist, daß bei dieser Wirtschaftskrise in Deutschland vielleicht als einzigster Ausweg der Artikel 48 der „Weimarer Verfassung" übrig bleibt, fällt es ihr schwer, dem Vollzugsausschuß der besitzenden Klassen das erforderliche demokratische Ansehen durch ihren Eintritt zu verleihen. Diese Krisenwelle hat zuviel Zündstoff erzeugt: Massentlassungen, Stillegungen, Lohnabbau, Kurzarbeit müssen selbst die unvergängliche Schafsgeduld des deutschen Proletariats zum Zerreißen bringen. Noch gelingt es, die Erregung und Empörung großer Arbeitermassen abzulenken durch die Propaganda für den „Volksentscheid" für die Enteignung der in Jahrhunderten zusammengeraubten Reichtümer der abgesetzten fürstlichen Tyrannen. Gemeinsame Demonstrationen und Resolutionen der KPD. und Gewerkschaften in allen Städten und Betrieben stärken dieses Manöver, das auch in den Kreisen des durch die Inflation enteigneten Mittelstandes großen Anklang findet. Die nach der Novemberrevolution 1918 erforderliche restlose Beschlagnahme aller von den entthronten Despoten zusammengerafften Reichtümer ist damals wegen der Schwäche und Weichherzigkeit der Proletarier Deutschlands unterlassen worden und kann auf dem Wege des bürgerlichen Rechts (auf Privateigentum) rechtlich und politisch zugunsten der einstigen Despoten entschieden werden, trotzdem in der Todeskrise des Kapitalismus Millionen von Proletariern hungern und im Elend verrecken.

Ebenso illusionär ist die von der KPD.-Fraktion im Reichstag eingebrachte Interpellation, die von der Regierung der deutschen Kapitalsrepublik alle möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswüchse des Rationalisierungsplanes der Unternehmer „erzwingen" will. Abgesehen davon, daß eine kapitalistische Regierung, deren Weg über die Leichen von Tausenden von Proletariern gegangen ist, niemals sich gegen die notwendigen Maßnahmen wenden wird, die aus den innersten Tendenzen des Kapitalismus entspringen, wird der Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung als ganzes dadurch nur zu verschieben versucht. Die Forderung z. B.

„Durch ein **großzügiges Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland**, das bei niedriger Preisbildung ein Absatzmarkt ist, dem größten Teil der deutschen Arbeitermassen nützliche Lieferungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen?

würde dem bankrotten Kapitalismus die durch den abgeschlossenen russisch-deutschen Handelsvertrag bereits vorhandene Möglichkeit, die Naturreichtümer Rußlands und die Arbeitskraft des russischen Proletariats auszubeuten, nur noch erweitern. **Deutschlands Kapitalisten sollen am kapitalistischen Aufbau Rußlands genesen!**

Sieben Jahre nach dem Spartakusaufstand, sieben Jahre Erfahrungen im Klassenkrieg sollten eigentlich hinreichen, um allen denkenden Proletariern begreiflich zu machen, wo der Hebel zum Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzusetzen ist. Während vor sieben Jahren das revolutionäre Berliner Proletariat für den Kampf um seine revolutionären Räte verblutete, liegen heute großen Massen der Arbeiterklasse Deutschlands betrogen und enttäuscht von dem „Wiederaufbau" des fluchwürdigen Profitsystems auf der Straße, ohne mit klarer Erkenntnis ihrer Klassenlage daran zu gehen, sich von ihrem Todfeind, der bürgerlichen Gesellschaft, zu befreien. Die Losung lautet: Rüsten! Der Zusammenschluß in den Betrieben und Arbeitsnachweisen in Kampforganisationen mit selbstgewählten Führern, die jederzeit in der Hand der Proletarier sind und von diesen überwacht werden, ist der erste Anfang für die notwendige **eiserne proletarische Klassenfront** gegen die vereinigte Front der Kapitalisten mit ihren Hakenkreuzlern, Gewerkschaftsbeamten und Söldnern. **Schmiedet Euch diese revolutionären Waffen, Proletarier! Die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union raten Euch dazu auf!**

Kommunistische Arbeiter-Partei
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Freitag, den 22. Januar 1926

Saalbau Friedrichshain, abends ½8 Uhr:

Revolutions-Kundgebung

Dem Gedächtnis Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und vieler tausend anderer Revolutionsopfer gewidmet.

Alfred Beierle spricht: **Die Geschichte von den sieben Gelenkten** mit Leonid Andrejew Orgelkonzert und Ansprache.

Eintrittspreis im Vorverkauf 1 Mk. Karten bei allen Berliner Funktionären und Zeitungs-Obleuten der KAP., sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu haben

Genossen! Sorgt für Massenbesuch!

Donnerstag, den 14. Januar 1926,
nachmittags 2 Uhr:
Große öffentliche
Erwerbslosen-Versammlung
Neukölln, Kindl-Brauerei, Hermannstraße.
Thema:
Steigendes Elend. — Was ist zu tun?

Mossul – der Weg nach Indien

Ein Kernproblem der Weltpolitik.

II.

Es läßt sich heute wohl schon mit einiger Sicherheit voraussagen, daß die Türkei in den sauren Apfel beißen wird. Einer Macht alleine würde sich die Türkei nie fügen; auch schwerlich England und Frankreich gemeinsam nicht. Hinter beiden steht aber der Völkerbund. Darin spiegelt sich die internationale Konzentration des Kapitals wieder, daß diese England seinen Weg nach Indien, seine Lebensader retten half.

Das war nicht immer so. Frankreich hat selbst während des Weltkrieges, als für es alles auf dem Spiele stand, England auch gegen größere Versprechungen nicht solch große Konzessionen gemacht, oder, sagen wir noch deutlicher, ihm nicht solch große Dienste geleistet. England war im Versprechen aber immer großzügig; jetzt hat es, wieder in einem seiner traditionellen „unblutigen" Kriege einen seiner größten Siege errungen.

Die Veröffentlichung der Geheimakten des russischen Außenministeriums aus der Kriegszeit durch die Bolschewisten haben gezeigt, daß der Streit um die „ottomanische Erbschaft" die Entente schon 1915/16 gefährdete. Mindestens wäre damals ein glänzender Friedensschluß für die Mittelmächte möglich gewesen — wäre Militarismus nicht ein blindwütiger kurzsichtiger Apparat, der die Bewegung und Ausdehnung als Lebenselement ebenso nötig hat, als seine Plattform, der Kapitalismus.

Durch ein Geheimabkommen (Sykes-Picot) vom Februar 1916 zwischen England und Frankreich erhielt letzteres Syrien, Cilicien, Nordmesopothamien einschließlich des Mossulgebietes. Nichtsdestoweniger besetzte England sofort mit Kriegsende Syrien und das Mossulgebiet, weil Frankreich unfähig war, sich zu wehren. Das bolschewistische Rußland, die Unruhen in Deutschland, in Frankreich, ja auch die großen Streiks in England und die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen der asiatischen Völker waren die Ursache, daß England 1920 in San Remo einen Teil des Frankreich 1916 vertraglich Zugestandenen, Syrien, ihm wieder zurückgab, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich auf die besten syrischen Landesteile (Palästina und Transjordanien) und das Mossulgebiet verzichtete.

Alle die Kriege und Aufstände in Vorderasien in der Nachkriegszeit sind von England angezettelt, um den Keil, das französische Syrien, der in sein Gebiet hineinragt, zu beseitigen, bzw. Frankreich den Besitz zu verleiden. Nicht nur die französische Presse hat dies nachgewiesen. „Zuerst in Syrien Unruhe stiften, dann aber zu deren Unterdrückung Frankreich Beistand versprechen, damit es auch seinerseits in der Mossulfrage den englischen Standpunkt unterstütze, das ist die Politik Amerts", schrieb kürzlich die englische „Daily News".

Sogar der offizielle Bericht Englands über einen Vertrag mit Frankreich, der die „Nichteinmischung in die gegenseitigen Angelegenheiten, dafür gegenseitige Unterstützung beschloß, läßt Rückschlüsse auf die englische Politik gegen seine Verbündeten zu. Der englische offizielle Bericht besagt: „Nunmehr dürfen die (syrischen) Aufständischen nicht mehr in Palästina Zuflucht finden." Diesem Satz hat die „Daily News" mit vollem Recht hinzugefügt: „das heißt also, daß sie wirklich bis jetzt in Palästina Zuflucht fanden, daß auch England mittelbar die Aufständischen unterstützte!" Nichts anderes will auch der „Times"-Bericht besagen: „Der (englische) Oberkommissar Palästinas, Lord Plumer, hat schon den Belagerungszustand in den (syrischen, d. h. französischen) Grenzgebieten erklärt. Außerdem hat die englische Regierung dem militärischen Oberbefehlshaber Transjordaniens befohlen, das Vorrücken der Drusen zu hindern."

Die englische Politik läuft da hinaus, ganz Vorderasien einer gemeinsamen Verwaltung zu unterstellen und unter einen gemeinsamen militärischen Schutz. Die wirtschaftliche Beraubung und politische Unterdrückung unter dem Schutz des allein „rechtsprechenden" „Völkerbundes", unter englischer Vorherrschaft, das ist Englands politisches Ziel. Die Existenz des europäischen Kapitalismus hängt davon ab, daß es Asiens Entwicklung nur soweit zuläßt, daß es ihm seine Waren abkauft, nicht aber so weit, daß es ihm Konkurrenz macht. Der eiserne Zwang, aber auch Maschinen und überflüssige Technik nach den Kolonien abzusetzen, wird die Verträge der Lächerlichkeit verfallen lassen, wie England im Orient, wie der Kapitalismus überhaupt seine Verträge stets nur als einen Fetzen Papier betrachtete.

Der „Völkerbund", die Organisation der herrschenden europäischen Kapitalisten, hat in Asien also „Frieden" gestiftet. England hat die Grenze Indiens nach Afrika, in die Mittelandsee vorgeschoben, bis nach Malta. Das ganze „englische" Asien ist eine Kette, ein Konglomerat, ein Hexenkessel von Mandaten und Scheinkönigreichen, Sultanaten und Zwergstaaten, ein schwankender wankender Bau. Der „europäische Frieden", die Milderung der Gegensätze England-Frankreich-Rußland hat den Gegensatz England-Amerika verschärft. Vorderasien überzieht Europa mit seinem Erdölkunst.

Mit dem Völkerbundsfrieden ist noch nicht der Konkurrenzkampf aus der Welt geschafft. Mossul und Locarno sind nur Anfänge von kommenden Dingen. Das europäische Proletariat mag sich noch eine Zeit danieder halten lassen. Der eiserne Zwang des Kapitalismus, sich Absatzgebiete für seine Waren zu schaffen, der Konkurrenzkampf Europa-Amerika wird mehr von ihm verlangen. Die wirtschaftliche Verselbständigung gerade Asiens wird dazu beitragen. Der Zweifrontenkrieg des europäischen Kapitalismus wird das Proletariat zwingen, als dritter, als gefährlichster Feind seinem Bedränger zu Leibe zu ziehen. Dann wird Mossul die Achillesferse sein, an der das englische Imperium tötlich verwundet zu Fall kommen muß. Der Benzintank von Mossul wird in Europa zur Explosion kommen.

Ein Schlußartikel über die ökonomische Bedeutung Mossuls für den Weltkapitalismus folgt.

Politische Rundschau

Auf der Suche nach Fememördern

Die politische Abteilung der Landes-Kriminalpolizei hat am 11. Januar an allen Anschlagsäulen Berlins und anderer Großstädte Plakate kleben lassen, in denen sie 6000 Mark Belohnung denen verspricht, — **jetzt nach beinahe 3 Jahren** — die die 14 völkischen Mordbanditen, die flüchtig sind, alles Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, ihr ermitteln hilft. Dadurch werden sich diese gerissenen Putschisten nicht abschrecken lassen, denn so leicht kann ihnen jetzt nicht mehr der Prozeß gemacht werden.

Uebrigens soll sich in Berlin nach einer Meldung eines Berliner Abendblattes ein sogenannter **Sportverein Olympia** befinden, von einem Oberst Luck geleitet, dessen 6000 Mitglieder in Wirklichkeit ein in Kompagnien und Züge eingeteiltes Regiment mit Gewehren bilden. Auf „sorgfältige Ausbildung" aller Mitglieder wird großer Wert gelegt.

Aufdeckung fünf neuer Fememorde.

Ein Berliner Abendblatt berichtet mit allen Einzelheiten einen der Berliner Polizei vor kurzer Zeit bekanntgewordenen neuen Fememord, dem ein Unteroffizier Schöbs zum Opfer gefallen ist, der Mitglied der Schwarzen Reichswehr war.

Dasselbe Blatt teilt mit, daß die Polizei bei Nachgrabungen nach der **Leiche des ermordeten Wachtmeisters Legser** im Döberitzer Gelände die **Leichen von vier Unbekannten** ausgegraben hat, die offenbar ebenfalls von der Feme der schwarzen Reichswehr ermordet worden sind.

Apanage für Mätressen

Von „besonderer Seite" wird der „Voss. Ztg." zu dem gleichnamigen Kapitel geschrieben:

Haarsträubend sind die Verhältnisse in Coburg-Gotha. Dem Herzog Ernst von Coburg-Gotha sind im Jahre 1866 die durch Preußen als kurhessischer Besitz erbeuteten schmalkaldischen Wälder wohl der wertvollste Privatbesitz in Anspruch. Für seine dem preußischen König geleistete Waffenhilfe geschenkt worden. Woher der preußische König den Rechtstitel genommen hat, ohne Genehmigung des Landtags diesen Besitz zu verschenken, bleibt unklar. Der Herzog hatte bei der Schenkung die Verpflichtung übernommen, sein Land wegen der Kriegsleiden zu entschädigen, hat aber diese Verpflichtung mit einem Bruchteil des Wertes des Geschenkes abgeglichen. Jetzt sind diese Wälder dem englischen Prinzen zugefallen, der der Rechtsnachfolger des Herzogs von Coburg-Gotha ist.

Dem Zustande des formalen Rechts und sachlichen Unrechts setzt die Abfindung in Mecklenburg-Strelitz die Krone auf. Dort sind es riesige Summen, die sich die Erben des letzten, durch Selbstmord geendeten Fürsten angeeignet haben. Die Prinzessin Danilo von Montenegro, die Schwester des letzten Fürsten, hat etwa 8 Millionen Mark davongetragen, droht aber noch mit neuen Prozessen. Es möchte in diesem Falle die Frage berechtigt sein, ob auch wohl ihr verstorbener Gemahl, der Prinz Danilo, von seinen serbischen Stammesbrüdern in gleich generöser Weise abgefunden worden ist, als sie das montenegrinische Königreich und seine dortigen Einkünfte in ihren Besitz brachten.

Geradezu grotesk aber ist es, daß heute dem Lande Mecklenburg-Strelitz ein neuer Prozeß angekündigt ist, in dem die Erben des letzten Fürsten die **Verpflichtung, eine jährliche Apanage von je 20 000 Mark den früheren Mätressen des vorletzten Großherzogs zu zahlen, auf das Land abzuwälzen beabsichtigen.** Inwiefern die Akte, die zu dieser Verpflichtung geführt haben, als Regierungsakte zu bezeichnen sind, bleibt dem Fernstehenden unerfindlich. (Voss. Ztg.)

Unerfindlich ist in Deutschland leider gar nichts mehr. Nachdem das deutsche Volk bei seiner Revolution so nachsichtig gegen die „Landesväter" und ihre Sippe war, ist es begreiflich, wenn sie immer unverschämter werden. (Vorw., 9. 1. 26.)

Das stimmt. Die Verbrechermanieren der Gottesgnadenmänner, nicht nur für sich, sondern auch für ihre Hurer die Steuern der Republik zu annektieren, übersteigt alles. Uebertroffen wird die Chose nur noch durch die Frechheit des „Vorwärts" in der Einschätzung der Gedankenlosigkeit der Proletarier. Das erste Urteil gegen die Republik Mecklenburg für den abgehalfterten Großherzog, auf das sich die Gerichte und die Fürsten heute stützen, wurde erfochten von dem Justizminister der deutschen „Arbeiterregierung", dem Sozialdemokraten Heine".

Ein Charakterbild der deutschen Demokratischen Republik

Fürstengelder als Kampffonds gegen die Republik.

Der „Temps", das Organ des französischen Außenamtes, schreibt in einem Leitartikel u. a.: „Angesichts der Wirtschaftskrise, die das Reich durchbebt, die große Zahl der Arbeitslosen, denen der Staat keine genügende Unterstützung geben kann, angesichts des vollständigen Ruins der Mittelschichten durch die Nachkriegspolitik, die in Deutschland ausschließlich von den Interessen der Nationalisten und Reaktionären beeinflußt war, bekommen die Forderungen der ehemaligen Herrscherfamilien einen **niederträchtigen Charakter**. Wie müssen wir urteilen, um denjenigen, die gezeen die Republik und für die **Wiedereinsetzung der Hohenzollern** arbeiten, jeden Einfluß zu nehmen.

Die ungeheuren Entschädigungen, die man sich anschickt, den ehemaligen Fürstenhäusern zu bewilligen, zeigt auch den Wert und die Aufrichtigkeit des republikanischen Geistes, der das neue Deutschland angeblich beseelen soll. **Sieben Jahre nach der Revolution muß man feststellen, daß die Hohenzollern nicht nur nicht bestraft wurden, sondern daß Deutschland, das zu arm sein soll, um uns unsere Reparationen zu bezahlen und sogar die Dawes-Zahlungen für zu schwer findet, Hunderte von Millionen Goldmark übrig hat, um die Hohenzollern und die Fürstchen zu entschädigen . . .** Der ungarische Fälscherskandal zeigt, wozu diese Gelder verwendet werden sollten. Es besteht ein gemeinsamer Plan zur Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn, Bayern und Preußen, mit einem Plan der Aufteilung Oesterreichs, unter Bayern und Ungarn; wenn das Abenteuer gelingen sollte.

Es ist wahrhaft befremdend, daß die **deutsche Demokratie**, die sich republikanisch nennt, soviel Einfluß gewinnen zeigt, als es sich um den Schutz der Hohenzollerninteressen und die Lieferung von Mitteln an die Organisation handelt, die offen an der Zerschlagung der Republik arbeiten . . ."

Die französische Bourgeoisie, der infolge der Frank-Inflation selbst das Messer an der Kehle sitzt, will sich diese Gelegenheit zur „Sanierung" auch nicht entgehen lassen. Daher das Alarmschlagen gegen die Fürstenräuber.

Moskauer Durcheinander

Sinowjew, das Haupt der Komintern, zeigt seine wahre Fratze. **Auf dem eben beendeten 14. russischen Parteitag** wo er Rechenschaft ablegen sollte über die Entwicklung der „Sektionen", konnte er die Gärung und beginnende Feindschaft in denselben gegen die Komintern nicht länger verschweigen. Zu offenkundig ist der Zwiespalt besonders in der italienischen, polnischen und deutschen Sektion zwischen den verschiedenen „Richtungen". Das alles trat ein nach Beendigung der **scheinrevolutionären** Situation der Währungszusammenbrüche, die Hand in Hand gingen mit dem Höhepunkt der politischen Macht der Sozialdemokratie. Durch die Stabilisierung der Währungen stand die halbreformistische Komintern vor der Alternative: Zurück zu den Reformisten oder Entwicklung zum revolutionären Klassenkampf. Von der Masse, die die Zusammenhänge nicht durchschaut und im ganzen nur von sehr einfältigen und primitiv auf die Gefühle als auf den Verstand wirkenden Erscheinungen beeinflußt wird, wird diese Frage beantwortet (das ist der Sinn des historischen Materialismus) nach der objekiven Grundlage der Gegenwart, die ökonomisch, gesellschaftlich und politisch ein zusammengehöriges Ganzes bildet, Tritt in dieser Grundlage keine Veränderung ein, so verändert sich auch nicht die Auffassung, die Ideologie der Masse. Der Einzelne kann ideologisch seiner Zeit vorauseilen, die Masse wird es nicht tun.

Nachdem die Führer der Komintern während der Inflationsperiode geglaubt hatten, die Weltrevolution mit Hilfe der leninistischen Rezepte des „Ergreifens der Kettenglieder", der „Zwischenwelltentheorie", den „Anknüpfmethoden" und der „Entlarvungstaktik" forcieren zu können, stehen sie nunmehr vor den Scherben ihrer leninistischen Politik und müßten endlich beginnen, sich über die grundlegenden Fragen klar zu werden. Diese sind nur dann richtig zu lösen, wenn eine bestimmte Erfahrung zu Grunde gelegt und von vornherein alle reformistischen und sozialdemokratischen Beiseite bleiben. Für die proletarische Revolution in Deutschland lautet die Frage aller Fragen: Wodurch wird sich die Burgfriedensideologie der deutschen Arbeiterklasse in die revolutionäre Ideologie verwandeln lassen? Dazu stammelt nun das erleuchtete Haupt der Komintern folgendes „Kleenrazout" nach dem wörtlichen Bericht der „Roten Fahne" vom 6. Januar:

„Grundfalsch ist die unter einigen Kommunisten bestehende Auffassung, die kommunistische Bewegung könne sich nur zu Zeiten verschärfter Industriekrisen, von Arbeitslosigkeit usw. entfalten. Das russische Beispiel beweist, daß zur unmittelbaren revolutionären Situation zwar das Zusammentreffen mehrerer Momente, darunter nicht zuletzt die Verarmung der Arbeitermassen infolge der Krise und der Armut, gehört, daß aber der allgemeine Aufschwung der Arbeiterbewegung, in dessen Umkauf neue komplizierende Momente, die später zum Umschlagen der ökonomischen Situation führen müssen, entstehen, revolutionäre führen entstehen, keineswegs eine unbedingte **Finanz- und Industriekrise** voraussetzt. Gerade zu Zeiten der Prosperität fühlt sich die Arbeiterschaft stärker, unternimmt erfolgreiche Streikkämpfe, während oft die große Arbeitslosigkeit unter den gleichen oder übrigen Bedingungen den Kampfwillen abstumpft.

Unrichtig ist die Auffassung, daß die Stabilisierung des Kapitalismus unvermeidlich zur Erstarkung des Reformismus führt, und daß die Kommunistischen Parteien nur zu Zeiten des revolutionären Aufschwunges erstarken und in die Massen eindringen können.

Die Zähleibigkeit der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie erklärt sich daraus, daß sie besser als die Kommunisten verstehen, auf dem Boden des alltäglichen Kampfes in die Arbeitermassen einzudringen. In der heutigen Stabilisierung müssen die Kommunisten beweisen, daß ihre Partei die **richtige Arbeiterpartei** ist, die ihre Arbeit den Tagesbedürfnissen der Arbeiterschaft anzupassen, jeden Kampf jeden Defensiv- oder Offensivstreik zu führen und sich im Alltag zurechtzufinden versteht. Wir müssen uns die starken Seiten der Sozialdemokratie aneignen und sie, den Opportunismus wegschälend, mit ihrer eigenen Waffe schlagen."

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so wäre nach dieser Theorie das „prosperierende" Amerika der proletarischen Revolution am nächsten, Deutschland aber am entferntesten! Nach Sinowjew ist die Situation revolutionär, wenn der Kapitalismus blüht. Sie ist umso revolutionärer, je gefestigter die bürgerliche Wirtschaft und Ordnung besteht. Die Revolution ist dann am nächsten, wenn die Prosperität der kapitalistischen Wirtschaft und die liberale politische Haltung der Bourgeoisie die Arbeiterschaft zu „erfolgreichen (!) Streikkämpfen (!)" ermuntert. Die Revolution ist da, wenn die Burgfriedensideologie, die die Folge dieser „erfolgreichen Streik- und Alltagskämpfe" der Arbeiterklasse ist, am stärksten die Proletarierköpfe benebelt. Heilige Einfalt! Und auf diese Worte schwören Hunderttausende angeblich klassenbewußter Proletarier! Sie sind zu dumm, um zu merken, daß und warum Sinowjew aus weiß schwarz macht. Der ganze Sinowjewsche Brei verrät eine derartige elementare Konsequenzlosigkeit und Konfusion, daß jedem nicht ganz vernagelten Kominternmitglied eigentlich die Augen endlich aufgehen müßten. Was soll man sich z. B. unter „allgemeinem Aufschwung der Arbeiterbewegung" vorstellen? Das sind Redefloskeln des Professors Sowjew und typische Phraseologie der Sozialdemokratie. Meint der Kominternhäuptling den „allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung", der schließlich zu dem Damaskus der Arbeiterklasse von 1914 geführt hat? — Eigenartig für jeden, der sich als „Kommunist" bezeichnet, ist auch die Auffassung, daß „Kampfmethoden" und Umschlagen in die revolutionäre Arbeiterbewegung führen", „komplizierende" Momente sein sollen. Herr! Dunkel ist der Rede Sinn! Eine Donquichotterie sondergleichen ist weiter die Verneinung der Auffassung, „daß die Kommunistischen Parteien nur zu Zeiten des revolutionären Aufschwunges erstarken und in die Massen eindringen können". Es versteht sich, daß die „kommunistischen" Parteien der Komintern auch zu Zeiten des reformistischen Aufschwunges „erstarken und in die Massen eindringen können". Unter der Führung der Komintern würden sie es bald genug gelernt haben, haargenau, nicht nur annähernd wie bisher, dieselbe opportunistische Politik zu machen — und dieser Rückzug in das Lager der Opportunisten ist die wahre Absicht der Komintern — wie ihr größerer sozialdemokratischer Bruder, und wie dieser immer hübsch auf dem Niveau der rückständigen Massen zu bleiben. Dann wird der Schornstein der Diätenschlucker und Postenjäger schon rauchen; aber die Revolution und das Proletariat wird damit verraten. Das Aushängeschild das Endziels hat die Sozialdemokratie niemals verhindert, „in die Massen einzudringen". Und die Zähleibigkeit der Sozialdemokratie erklärt sich daraus, daß die Arbeitermassen so naiv und gutgläubig gewesen sind, den Sirenenlockungen des SPD.- und KPD.-Strebertums zum „Kampf" des „Alltags", des Bodens des Verrats, zu folgen, anstatt ihnen entgegen zu donnern: Ihr Verführer! Auf den Leim gehen wir nicht! Die Zähleibigkeit dieser Verräter beruht einfach darauf, daß die sozialen, ökonomischen und politischen Grundlagen für diesen Verrat durch „Alltagskämpfe" und „Etappenziele" bis zur Stunde fortbestanden haben. Die Worte Sinowjews, „die Zähleibigkeit" der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie (und KP.! Der Verfasser.) erklärt sich daraus, daß sie besser als die „Kommunisten" verstehen, auf dem Boden des „alltäglichen Kampfes" in die Arbeitermassen einzudringen", sind aber keine Erklärung. „Wenn's regnet, wird's naß", steht auf derselben geistigen Stufe.

Was aber, wenn die unausbleibliche, baldige reaktionäre Gewaltdiktatur dem Verrat des „alltäglichen Kampfes" ein etwas brutales Ende bereiten wird? Dann wird ein Heulen und Zähneklappern bei den „Zähleibigen" der SPD. und KPD. sein. Aber Rußland ist groß, und seine Proletarier werden vielleicht nichts dagegen haben, auch noch ein paar tausend deutsche Parasiten aufzunehmen und zu ernähren.

Dann ist der Weg frei zur revolutionären Entwicklung des deutschen Proletariats und zur proletarischen Klassenfront auf dem Boden der KAP. und AAU.

Der Pazifismus.

Mossul, Syrien, Aegypten, Marokko, China das sind so einige geplatzte Eiterbeulen an dem Pazifismus, wie er in Locarno den „Weltfrieden" beschloß. Die Niedermetzelung der Proletarier und Bauern in Bulgarien, Ungarn u. a. mit der Waffe, in Deutschland und andern europäischen Ländern ihre Beseitigung durch Arbeitslosigkeit. Das ist so das äußere Bild des „Pazifismus", der auch an Zahnweh leidet.

Auf Veranlassung des französischen Handelsministers ist ein ständiger Rat beim Handelsminister gebildet worden, dessen Aufgabe darin besteht, zusammen mit der beim Handelsministerium bestehenden Dienststelle für nationale Verteidigung die verschiedenen Organismen zu schaffen, die im Falle der Mobilmachung die Durchführung des allgemeinen Einfuhrprogramms sicherstellen sollen.

Wir leben nämlich im Zeitalter der Abrüstung. Eine internationale Konferenz ist schon in Vorbereitung.

Wirtschaft

Die Erwerbslosigkeit steigt fortgesetzt

5 Millionen Erwerbslose.

Berlin, 12. Januar. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1 060 397 auf **1 488 931** gestiegen. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 326 052, die Zahl der weiblichen 160 879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über 40 Prozent.

Hierzu kommt mindestens die doppelte Anzahl von ausgesteuerten und nichtunterstützten Erwerbslosen, die sich **im Januar noch vermehrt hat.** Auch die Zahl der Kurzarbeiter steigt andauernd.

Erfolge der kapitalistischen Rationalisierung

Die Lohndruckbewegung.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik **Eßlingen, Werk Mettingen,** stehen dicht vor einem Abwehrkampf, den sie gegen den Versuch der Unternehmer, einen achtprozentigen Lohnabbau durchzuführen, führen müssen. Der Schlichtungsausschuß, der zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten angerufen worden ist, fällte am 4. Januar gegen die Stimmen der Arbeitervertreter einen Schiedsspruch, der dem Verlangen der Unternehmer auf acht Prozent Lohnabbau Rechnung trägt.

Abwehrstreiks gegen Lohnabbau.

Im Filialwerk der Maschinenfabrik Eßlingen, der **Elektrowerke in Cannstatt-Stuttgart,** ist die gesamte Belegschaft von **1000** Mann in den Streik getreten. Die Direktion hatte, ähnlich wie im Werk Mettingen einen **Lohnabbau von 8 Prozent** diktiert.

Die Direktion der Autofabrik **H. Büssing in Braunschweig** hat vom Betriebsrat die Einwilligung zu einem 20-prozentigen Lohnabbau verlangt da anderenfalls der Betrieb stillgelegt würde. Die Belegschaft ist in einen Abwehrstreik getreten.

Breslau. Aus allen Teilen Schlesiens werden besonders in der Textilindustrie neue Betriebsstillegungen und Einführung von Kurzarbeit gemeldet. Immerhalb weniger Tage wurden 400 Textilarbeiter entlassen, für **1000 Arbeiter Kurzarbeit** eingeführt. Die Bürstenindustrie in **Striegau** hat die gesamte Belegschaft gekündigt, zugleich aber mitgeteilt, daß alle Arbeiter, die in 15 prozentige Lohnkürzung einwilligen und auf Urlaub verzichten, weiter beschäftigt werden. Die Porzellanfabrik **Schachtel, Charlottenbrunn,** hat ihre 500 Mann starke Belegschaft ebenfalls gekündigt, einen Teil der Belegschaft aber Weiterarbeit unter verschlechterten Arbeitsbedingungen angeboten.

Suhl. In einigen größeren Betrieben, in denen seither noch voll gearbeitet wurde, wurde von **Montag, den 4. Januar ab Kurzarbeit** eingeführt. Entweder wird nur während dreier Tage gearbeitet oder die tägliche Arbeitszeit auf 5 bis 6 Stunden beschränkt. Auch die Kammgarnspinnerei Wernshausen in Pößneck hat die Stillegungsgenehmigung erhalten.

Essen. Das Hörder Stahlwerk (Phönix) gibt bekannt, daß die Direktion gewillt sei, das Werk wieder unter folgenden Bedingungen in Betrieb zu setzen:

1. Die Löhne aller wieder einzustellenden Arbeiter sollen um 15 Prozent reduziert werden.
2. Die Gesamtbelegschaft des Stahlwalzwerks wird um 15 Prozent herabgesetzt.

Eine Belegschaftsversammlung des Stahlwerks hat diese Bedingungen einstimmig abgelehnt.

Auch die Siegerländer Eisenindustrie hält die Zeit für gekommen, unter dem Drucke der erwaltigen Arbeitslosigkeit, eine weitgehende Lohnkürzung durchdrücken zu können. Da ein Schiedsspruch, der die bisherigen Löhne bis 15. Januar verlängert, verbindlich erklärt wurde haben die Eisenindustriellen den Spruch sofort wieder gekündigt und gleichzeitig Lohnabbau gefordert.

Zu gleicher Zeit sorgen die Schwerindustriellen dafür, daß das Arbeitslosenheer noch ständig vermehrt wird, es sollen ja nach Mitteilung des Rheinisch-westfälischen Wirtschaftsdienst noch 50 000 Betriebe absterben. So hat die Firma **Orenstein u. Koppel** in Dortmund-Dorstfeld erst zu Weihnachten **250 Mann gekündigt.** Am Freitag, den 12. 1. hat sie weiteren **250 Mann die Entlassung angekündigt.** Diese Maßnahme der **„patriotischen" Firma** ist um so skandalöser, als längst bekannt ist, daß sie ihre sehr reichlichen Aufträge einer französischen Firma überträgt, weil in Frankreich Inflation herrscht und ihr Profit infolgedessen um so größer sein wird. Es handelt sich hierbei um Reparationslieferungen, die der Staat bezahlen muß.

Neue Entlassungen im ostoberschlesischen Bergbau.

Wie der „Voss. Ztg." aus Breslau gemeldet wird, sind bei der Charlottengrube Rydułta, Kr. Rybnik (Poln. Oberschlesien) zu Beginn d. J. eine größere Anzahl Angestellte und Beamte abgebaut worden. Jetzt soll die Belegschaft abermals um 500 Mann vermindert werden. Diese Entlassungen haben den Grund in einer Zentralisierung des Betriebes auf der Charlottengrube, da nur noch auf dem Leoschacht, der gegenwärtig erweitert wird, gefördert werden soll. Auf dem Leoschacht wurde ein zweiter Schacht abgeteuft, dessen Inbetriebnahme bald erfolgen wird; sobald die Abteufungsarbeiten fertig sein werden, sind einige hundert Arbeiter überflüssig, die dann entlassen werden sollen.

•

Stillegung des mecklenburgischen Bergbaus.

Aus Schwerin wird geschrieben: Mecklenburg besitzt einen etwa 40 Jahre alten Bergbau, und zwar wurden in der Gegend von Lübtheen und Dömitz auf drei Gewerkschaften Kali abgebaut. Es handelt sich dabei um die älteren Gewerkschaften Jessenitz und Friedrich Franz und um die neuere Gewerkschaft Canow, an der die Schweriner Regierung etwa mit einem Drittel der Kuxen beteiligt ist. Die Werke Jessenitz und Friedrich Franz sind schon 1912 bzw. 1916 durch Wassereinbrüche zum Ersaufen gekommen. Sehr viel aussichtsreicher war das neuere Werk Canow, dem eine Braunkohlengrube Malß angegliedert war. Sowohl für das Kaliwerk Canow, als auch für die Braunkohlengrube Malß droht seit einiger Zeit wegen Absatzmangels der finanzielle Zusammenbruch. Nach reiflicher Prüfung der Lage des Kali- und des Braunkohlenwerks hat die große Mehrheit der Kuxenbesitzer mit der Schweriner Regierung beschlossen beide Werke stillzulegen. Aus der Uebertragung der Absatzquote für das Kaliwerk fließen soviel Mittel zu, daß die bestehenden Verbindlichkeiten eingehalten werden können. Damit hat der mecklenburgische Bergbau sein Ende erreicht. Es werden dabei über **300 Arbeiter erwerbslos.**

•

Stillegung von Frister u. Roßmann.

Wegen Arbeitsmangels hat die Nähmaschinenfabrik Frister u. Roßmann A.-G., **Berlin,** sämtlichen Angestellten und Arbeitern — insgesamt 600 Personen — gekündigt. **Die Entlassungen werden nach und nach erfolgen.**

Achtung! Postbezieher!

Die Abrechnung für die KAZ. und für den „Proletarier" läßt viel zu wünschen übrig. Genossen, diese mangelhafte Abrechnung bringt die Zeitung in Gefahr. Wollt Ihr das? Nein! So kommt pünktlich Euren Pflichten nach. Wir sind gezwungen bei allen Beziehern, die noch Rückstände vom Dezember haben, die Zustellung der Zeitung einzustellen. Desgleichen bei Ortsgruppen, die mit der Bezahlung für mehr als vier Nummern zurück sind.

Genossen! Erkennt das Gebot der Stunde! Kommt pünktlich Euren Verpflichtungen nach. Sorgt für weiteste Verbreitung Eurer Presse. Jeder revolutionäre Arbeiter muß die „KAZ" und den „Proletarier" lesen. Darüber hinaus sammelt für den Presselond und rechnet die Gelder sofort ab. — Wir legen dieser Nummer Zahlkarten bei, die zur Abrechnung benutzt werden müssen.

Die Expedition.

Kapitalistische „Rationalisierung"

Die Maschine ist einerseits eines der mächtigsten Instrumente des Despotismus und der Aussaugung in den Händen der Kapitalisten gewesen. Andererseits ist die Entwicklung der Maschinerie die notwendige Bedingung zur Aufrichtung eines wahrhaft sozialen Systems der Produktion an Stelle des Lohnarbeitssystems. Die Maschinen werden nur dann wahre Dienste den Arbeiter leisten, wenn eine gerechtere Organisation sie in dessen Besitz gebracht hat.

Karl Marx.

Lohnabbau auch in Belgien.

Fortdauer des Streiks in der belgischen Eisen-Industrie. Der neue, als aussichtsreich angesehene Versuch der belgischen Arbeitgeber, den seit mehreren Monaten andauernden Streik in der Eisenindustrie beizulegen, dadurch, daß den Arbeiterfamilien Zuschüsse gewährt, aber die Löhne um 8 Prozent gekürzt werden, scheiterte, wie uns aus Brüssel gedrahtet wird, laut „Peuple", endgültig.

Die Bilanz der deutschen Wirtschaft

Die Börse ist ein untrüglicher Wertmesser der Wirtschaft als Gesamtkomplex, wenn man die Notierungen aller Werte und mindestens für den Zeitabschnitt eines ganzen Jahres zu Grunde legt. Aber auch nur dann! Einzelne Werte und kürzere Zeitabschnitte können beeinflußt werden durch mancherlei Vorgänge, als Konjunkturen einzelner Wirtschaftszweige, Gesetzgebung, Kreditiereinnahme, ja, selbst Manöver und Gerüchte. Für die Gesamtwirtschaft und in längeren Perioden muß sich das immer wieder ausgleichen. Die gezahlten Preise für die Aktien beruhen in diesem Falle auf den Erträgen der Werke, den investierten Werten und in der Schätzung für die Ertragsmöglichkeit der Zukunft. Niemand zahlt mehr, niemand verkauft billiger. Käufer und Verkäufer sind in allen Fällen Banken und Börsenmakler auf eigene Rechnung oder für Industrielle, Kaufleute, gewiegte sachkundige Spekulanten unter deren Kontrolle. Es ist also die Selbstbewertung des Kapitals, ohne Beeinflussung, ohne Irrtum.

Unter diesen Gesichtspunkten ist eine Aufstellung von Bedeutung, die die Commerz- und Privatbank gemacht hat. Es sind alle von der Berliner Börse notierten Werte und für das ganze Jahr berechtet. Die Statistik zeigt eine rapide Entwertung der deutschen Wirtschaft auf. Die Berliner Börse befaßt sich mit dem Handel von 883 Werten. Ende Januar 1925 notierte von diesen Werten nur 1 Proz. unter dem Goldwert, während es Ende Dezember schon 46,4 Prozent waren. Fast die Hälfte aller Aktien hat eine starke Entwertung erfahren.

Es notierten		In % d. Gesamtzahl Ende Dez.	Ende Nov.	Ende Jan.
Unter 50 % d. Goldp.	410 Werte =	46,4	46,4	1
von 50 bis 75 % d. Goldp.	245 Werte =	27,7	28,9	10
von 75 bis 100 % d. Goldp.	142 Werte =	16,1	13,9	41
von 100 bis 150 % d. Goldp.	76 Werte =	8,7	9,8	41
über 150 % d. Goldp.	10 Werte =	1,1	1,0	7
Zusammen	883 Werte =	100,5	100,0	100

Hiernach standen also auf und über Parität nur noch 9,8 Prozent aller Werte gegenüber 41 Prozent Ende Januar 1925, während 90,2 Prozent unter der Parität notierten, gegenüber 52 Prozent am Anfang des Jahres.

Für die Gesamtwirtschaft eines Industriestaates, eines Gebildes, das mit seiner Industrie steht und fällt, ist dies ein erschütterndes Bild. Die Statistik ist in Wahrheit noch schlechter, die Industrie noch wertloser. Die Aufstellung ist in ihrem Endeffekt verwischt. Brauerei-Aktien, Aktien der Kali- und chemischen Industrie und zu einem Teile Schiffahrtsaktien sind bedeutend gestiegen. Die letzteren auf die Bekanntgabe, daß Amerika die im Kriege beschlagnahmten deutschen Vermögen freigeben wird. Die Steigerung der Brauerei-Aktien zumindest beruht nicht auf einer Gesundung der Wirtschaft. Denn der Suff ist ein Aufzehren der Substanz — kapitalistisch gesehen.

Für den deutschen Kapitalismus ist dies die traurigste Bilanz seiner Geschichte. Die Entwertung ist eingetreten, trotzdem in die deutsche Wirtschaft die Dawes-Anleihe von 800 Millionen Mark, trotzdem in sie 3½ Milliarden Mark amerikanische Kredite hineingesteckt wurden. Volkswirtschaftlich gerechnet allerdings wegen ihr. Denn obwohl die hineingesteckten Kapitalien in den Werten mit enthalten sind, ist die Rentabilität durch die erschwert, nach der allein die Berechnung beim Kauf und Verkauf erfolgt. Kapital, d. h. Produktionsmittel, hat nur Geldwert, wenn es Profitmöglichkeit hat.

Diese Bilanz ist wohl der untrüglichste Beweis dafür, daß sich der deutsche Kapitalismus (der Gesamteuropäische ist nicht weit besser dran) nie wieder emporraffen kann zu der Höhe, die er als Glied der Weltwirtschaft in der Vorkriegszeit einnahm. Selbstverständlich wird das amerikanische Kapital den deutschen, den europäischen Kapitalismus nicht im Chaos untergehen lassen, sich den Absatzmarkt zerstören und seinen Proletariern das Beispiel einer europäischen Revolution vorführen. Das amerikanische Kapital wird weiter Kredite geben, wird die besten Werke in Europa aufkaufen, wird hier seine Produkte für den Weltmarkt herstellen, um in Amerika die Löhne seiner Sklaven zu drücken.

Damit aber hat das deutsche Proletariat zu rechnen: Die Arbeitslosigkeit wird zur Dauereinrichtung. Das riesige Arbeitslosenheer wird zum Lohndruck eingesetzt, international, das Kapital ist gezwungen, um der Rentabilität seiner Werke wegen, um seines Lebens willen, riesige Arbeitermassen zu vernichten. Vor diesem Dilemma steht das deutsche Proletariat nur retten, wenn es sich als Klasse organisiert, wenn es als Klasse kämpft, wenn es die proletarische Revolution durchführt.

•

Eine Stichprobe.

Vor einiger Zeit ging die Heckert u. Co. A.-G. Halle pleite. Die Vermögenswerte wurden damals auf 40 000 Mark angegeben. Wie sich jetzt herausstellt, beträgt die Masse nur 7000 und die Schulden 450 000 Mark.

Aehnlich sieht es aus mit den vielen unter Geschäftsaufsicht stehenden und im Konkurs befindlichen Unternehmen.

•

Das Konkurs-Rekordjahr.

Das Jahr 1925 ist das Jahr des Rekords an Konkursröffnungen gewesen. Im ganzen sind 1925 10 933 Konkurse eröffnet worden gegen 5929 im Jahre 1924 und 249 im Jahr der Inflationsblüte 1923. Die Geschäftsaufsichten wurden 5462 eröffnet; davon im Oktober 599, im November 921, im Dezember 1397.

In der Zeit **vor dem Kriege** wurde die höchste Konkursziffer mit 9725, also um 1200 weniger als 1925, im Jahre 1913 erreicht.

In Berlin kamen im Jahre 1925 allein **23 200 Wechselproteste** vor.

Amerikas Aufstieg

Ein Rekordjahr der amerikanischen Stahlindustrie.

Nach dem Fachblatt „Iron Age" wird die amerikanische Rohstahlproduktion des Jahres 1925 die des Rekordjahres 1917 (43,619,000 t) noch um einige 100 000 t übertreffen. Die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie ist noch im Besitz so großer Aufträge, daß bei größerem Bestand als vor einem Jahre die Fabriken auf Monate hinaus beschäftigt sind. Die Preise liegen um 2 Prozent niedriger als Januar 1925.

Amerika kauft Erz in Rußland.

Berichten der Moskauer Presse zufolge führt der Vorsitzende der Harrimanschen Konzessionsgesellschaft „Georgisches Manganerz" zurzeit Verhandlungen über die Lieferung von 200 000 t gewaschenen Manganerze nach Amerika. Man beabsichtigt, die Ausfuhr im Dezember auf 72 000 t zu erhöhen. In der letzten Woche wurden täglich 135 Waggons Erze verladen.

Das amerikanische Kapital kauft in Rußland, weil dort die Löhne billiger sind und drückt damit die Löhne im Amerika.

Das Gesetz des Lebens

Von Jack London.

Jack London, der leider zu früh verstorbene amerikanische Schriftsteller und Sozialist, u. a. Verfasser des Romans „Die eiserne Ferse", war nacheinander Textilarbeiter, Seemann, Austernfischer, Zeitungsverkäufer, Tramp (Landstreicher), Pferdeknecht und Goldgräber und schrieb für die Arbeiterklasse der ganzen Welt. In der nachstehenden Kurzgeschichte zeigt er sich als meisterhafter Schilderer von Land und Leute Alaskas, die er aus eigener Anschauung von seinem Aufenthalt in Klondike zarzeit des Goldfiebers kennengelernt hatte.

Der alte Koskoosh lauschte begierig. Obwohl er schon längst das Augenlicht verloren hatte, waren seine Ohren doch noch scharf, und das schwächste Geräusch drang zu der Intelligenz, die noch hinter seiner welken Stirn glimmte, aber nicht mehr auf die Dinge dieser Welt blickte. Aha! Das war Sit-cum-to-ha, die mit schriller Stimme die Hunde ausschalt, während sie sie geffte und schlug, daß sie sich einspannen ließen. Sit-cum-to-ha war die Tochter seiner Tochter, aber sie war zu sehr in Anspruch genommen, um einen Gedanken an ihren alterschwachen Großvater zu verschwenden, der allein, einsam und hilflos dort im Schnee saß.

Das Lager mußte abgebrochen werden. Der weite Weg wartete, und der kurze Tag zögerte nicht. Das Leben rief sie, das Leben und die Pflichten des Lebens, nicht der Tod. Und er war dem Tode jetzt sehr nahe.

Der Gedanke flößte dem alten Manne einen Augenblick Schrecken ein, und er streckte die zichtige Hand aus, die zitternd über den kleinen Haufen trockenen Holzes neben ihm hin- und herfuhr.

Als er sich vergewissert hatte, daß er wirklich da war, kehrte seine Hand in den Schutz seines räudigen Pel

Groß-Berlin: Freitag, den 15. Januar, in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

Rekordumsätze der amerikanischen Radio-Industrie.

Der Umsatz der amerikanischen Radio-Industrie wird für das laufende Jahr auf 500 Mill. Dollar gegen 300 Mill. im Vorjahre geschätzt. Als Beispiel für die ungewöhnliche Entwicklung dieser Industrie ist anzuführen, daß im Jahre 1920 die Umsätze lediglich 6 Mill. Dollar betrugen. Zur Zeit beschäftigt die Radio-Industrie 300 000 Arbeiter in 1200 Fabriken. Die Zahl der Radio-Stationen beträgt in Amerika zur Zeit 584, wovon 108 Rundfunk-Stationen sind.

Baukonjunktur in Amerika.

In Florida, dem südöstlichsten der Ver. Staaten, einer Halbinsel mit tropischem Klima herrscht eine ungewöhnlich große Bautätigkeit. Es werden neue Länderstrecken besiedelt (Kultur: Tabak, Orangen, Reis, Zuckerrohr, Baumwolle), Erholungsorte und Badeplätze angelegt. Das amerikanische Kriegsgewinnlertum investiert seine überflüssigen Gelder. Der Bedarf an Baumaterialien ist so groß, daß die Zufuhr nach New York zeitweilig litt. Auch in New York wird noch rege gebaut. Die Baukonjunktur ist die Ursache der Konjunktur überhaupt, hauptsächlich der Stahlkonjunktur.

Da Amerika kein Land für Siedlungen mehr hat, ist die Konjunktur eine beschränkte. Einige Wirtschaftszweige lassen schon eine Uebersättigung des Marktes erkennen. Die Beendigung der Konzunktur bedeutet das Ende der Konjunktur überhaupt. Dann ist die amerikanische Industrie noch stärker als heute auf den Export angewiesen. Die Ueberflutung Europas mit Kapital, die Besitzergreifung von Produktionsstätten in Europa deutet schon an, daß das amerikanische Kapital sich dessen bewußt ist. Es wird in Europa seine Waren herstellen, die heute von Amerika ausgeführt werden. Das wird indes keine Wohltat für das europäische Proletariat sein. Das Gegenteil. Die Steigerung der europäischen Technik wird es möglich machen, größere Warenmengen mit weniger Arbeiter herzustellen. Durch den Lohndruck in Europa drückt das Kapital dann auch die Löhne seiner Arbeiter in Amerika.

Damit stellt sich der amerikanische Kapitalismus seine Schranken und seine zeitliche Begrenzung. Der Weltkapitalismus ist ein einziges Gefüge. Nicht einzelne Teile können bis in den Himmel wachsen, nicht ewig leben. Der Lohndruck bedeutet Produktionsbeschränkung in aller Welt. Auch den amerikanischen Kapitalismus ereilt sein Geschick. Umsomehr, als auch ihm von dem erwachenden Osten, vor dem jungen Kapitalismus der Kolonien, des äußersten Ostens die Absatzgebiete beschränkt werden.

Das Proletariat muß erkennen, daß es ebenso eine internationale Klasse ist, daß es international, organisiert, als Klasse kämpfen muß. Der Kapitalismus, international, ist in seiner letzten Epoche. Zuerst geht das Proletariat, d. h. große Massen, nach und nach, zugrunde. Wenn es nicht die Revolution entfacht.

Jugendbewegung

Der Vormarsch der Schulreaktion

Die unumschränkte ideologische und politische Herrschaft der Bourgeoisie bewirkt auf allen Gebieten eine zunehmende Reaktion. Alle auch noch bescheidenen Ansätze zu irgend welchen Reformen verschwinden wieder. Kennzeichnend für die „soziale freiheitliche" demokratische Republik ist es, daß jetzt darauf ausgegangen wird, selbst den Ansätzen der bürgerlichen Schulreformen das Lebenslicht auszublasen. Ganz klar traten die Pläne der Schulreaktion zutage, als der Deutschnationale Reichsinnenminister einen Entwurf zum Reichsschulgesetz vorlegte.

Der Entwurf will, daß das ganze Schulwesen der Kontrolle der christlichen Kirchen unterstellt werden soll. Damit wird faktisch derselbe Zustand, wie der durch das Konkordat in Bayern eingeführte — die Kirche beherrscht die Schule — auf das Reich ausgedehnt, was dann schließlich in einem Reichskonkordat feierlich mit Rom und der evangelischen Kirche vertraglich festgelegt werden soll. Doch dieser Entwurf wurde von fast allen Parteien außer dem Zentrum und den Deutschnationalen abgelehnt. Sogar in der deutschnationalen Partei machte sich eine starke Opposition dagegen bemerkbar. Die Gründe für die Ablehnung des Entwurfes seitens der nichtkatholischen Bourgeoisie lagen auf politischem Gebiete. Denn sie fürchtet ein Ueberwiegen des Einflusses der katholischen Kirche auf die Schule und damit die politische Stärkung des Zentrums. Aber die gesamte Bourgeoisie ist sich darin einig, daß die Erziehung im „christlichen" Geiste erfolgen soll. Die Nichtkatholiken fordern so anstatt der Oberherrschaft der Kirchen die „christliche Simultanschule" (christliche Schule unter Aufsicht des Staates).

Während man hier noch keine endgültige Regelung herbeigeführt hat, merken die Fortbildungsschüler praktisch die reaktionäre Gesinnung der republikanischen Pädagogik. Der Stadtrat von Wilhelmshaven beschloß folgende „Verbesserungen" der Schulordnung:

„1. Die Lehrlinge müssen mit blanken Stiefeln und saubern Anzug zur Gewerbeschule erscheinen.
2. Die Lehrlinge dürfen keine Abzeichen tragen.
3. Die Lehrlinge müssen ihre Schularbeiten sauber ausführen, widrigenfalls sie mit Schulhaft bestraft werden.
4. Die Lehrlinge dürfen nicht unentschuldigt fehlen, andernfalls sie mit 6 Stunden bestraft werden oder ihre Entlassung erfolgt.
5. Die Bücher der Lehrlinge müssen tadellos in Ordnung sein, sonst erfolgt Strafe.
6. Auch das Rauchen ist verboten."

Ist an und für sich schon dieses Beispiel, dieser unerhörte kasernenhofmäßige Ton, in dem abwechselnd „die Lehrlinge müssen" und „die Lehrlinge dürfen nicht" und in dem man nur so mit Strafen und Entlassungen herumwirft, schon bezeichnend genug, so zeigen die fortwährenden Alarmrufe aus den Pflichtfortbildungsschulen, wie ganz im alten wilhelminischen Sinne „erzogen" wird. Die Prügelpädagogik tritt immer mehr in den Vordergrund. Wie weit man aber jetzt ungehindert gehen kann, zeigt drastisch folgender Vorfall:

„In der Fortbildungsschule Langestr. 31 (Tischler) treiben verschiedene dieser „Pädagogen" ihr Unwesen. Am Dienstag, den 8. Dezember, ereignete sich folgender Vorfall: Der Lehrer Ehleben forderte während des Zeichenstunde einen Schüler auf, ihm zu folgen. Ahnungslos folgte der Junge der Aufforderung. Der Lehrer ging mit ihm in einen leeren Raum und holte sich aus einer anderen Klasse den Lehrer Kaiser. Dann drosselten die beiden auf den Jungen los. Später eilten zum Herrn Direktor, bei dem die Prügelei fortgesetzt wurde. Der Junge mußte sich über einen Stuhl legen und bekam Stockhiebe. Darauf erzählte einer der Lehrer, sie hätten bei den Jungen anerkennend und ein hätte gesamtwortet, sie verzichte auf einen solchen Lehrer."

Doch weit schlimmer sind die Zustände der „Fürsorgeerziehung" des bürgerlichen Staates. Es heißt in den Ausführungsbestimmungen zum preußischen Fürsorgeerziehungsgesetz: „Es ist Hauptzweck, darauf zu richten, daß die Zöglinge zu religiös-sittlichen Menschen erzogen werden, um zu brauchbaren Arbeitern, vorzugsweise für die Landwirtschaft, ausgebildet zu werden." Von 252 Fürsorgeerziehungsanstalten befinden sich 205 in den Händen von privaten Vereinen, die übrigen 47 gehören dem Staat oder den Gemeinden. In Preußen befinden sich von 25 860 Zöglingen 21 000 in privaten, also konfessionellen Anstalten. Ein vom, durch die SPD. unterstütztes Ministerium Braun entworfenes Gesetz bestimmt außerdem noch, daß in den Jugendämtern außer dem üblichen Anteil der privaten Vereine, je ein Vertreter der evangelischen, katholischen und jüdischen Kirche Sitz und Stimme haben, so daß diese und die Durchführung der Fürsorgeerziehung völlig der Kirche ausgeliefert sind.

Wie das wahre Gesicht des freiesten aller Staaten aussieht, beweist ein Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministeriums vom 10.-2. 1923, in dem als zulässige Strafen für nicht mehr schulpflichtige Zöglinge bezeichnet werden: Züchtigungen mit Hasel- oder Rohrstock von 1 Zentimeter Stärke bis zu 10 Hieben auf das mindestens mit einer Unterhose bekleidete Gesäß. Die Hilferufe der Zöglinge, die trotz der Abgeschlossenheit und Zensur von Zeit zu Zeit in die Oeffentlichkeit gelangen, legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß in der Praxis sogar über diese brutalen Bestimmungen erheblich hinaus gegangen wird. Wenn in diese dunklen Verbildungsanstalten hineinzuleuchten würde, so müßte sich ein Bild gräßlicher Gewalttätigkeiten, Demütigungen mittelalterlicher Folterungen von Kindern und Jugendlichen ergeben. So hört man außer einzelnen Hilferufen und Schilderungen Entwichener nur etwas von dem wahren Treiben hinter den Mauern der Anstalten, wenn ein Zögling tot geschlagen oder schwer verletzt wurde, so daß sich die Sache nicht mehr verheimlichen läßt. Z. B. standen der Direktor, ein Geistlicher und 6 Aufseher der Erziehungsanstalt Neuherberg bei München unter der Anklage, den Tod eines Zöglings und Körperverletzung von zwei Zöglingen herbeigeführt und das Züchtigungsrecht überschritten zu haben, wobei schwere Arbeit, schlechte Ernährung, unmenschliche Züchtigungen mit Ochsenziemer festgestellt wurden. Bei den Lehrlingsmorden mußte man immerhin geringfügige Strafen von einigen Monaten Gefängnis verhängen, doch in diesem offensichtlichen Falle erfolgte Freispruch.

Während die demokratische Republik der Monarchie in nichts nachsteht in der Versklavung der proletarischen Jugend, belassen sich bürgerliche Schulreformer weiterhin mit dem Problem der Pädagogik, in dem sie von Erziehung zum jungen und freien Menschen usw. sprechen Reformpläne schmieden und zur Abwehr des Reichsschulgesetzes aufrufen. Doch der Kapitalismus wird sich nicht gut zureden lassen, etwas gegen seine Interessen zu tun. Wie das Kapital immer weiter zum Angriff gegen das Proletariat vorgeht, marschierte die schwarze Schulreaktion und damit auch die Versklavung der Arbeiterjugend in Fortbildungsschulen und „Fürsorgeanstalten weiter vorwärts.

Die proletarische Jugend darf sich das alles nicht länger geduldig und willig bieten lassen. Auch bei der Erziehungsfrage zeigt sich klar, daß diese innerhalb des bürgerlichen Staates nicht im Sinne des Proletariats gelöst wird und werden kann. Nur der Kommunismus wird auch die Erziehung frei machen von kapitalistischen Interessen. Nur die kommunistische Erziehung [illegible] die freie Entfaltung des Individuums zum Wohle der Menschengemeinschaft. Allen Jungarbeitern rufen wir zu: Am Anfang war die Tat.

Ausland

Wirtschaftliche Entwicklung und weißer Terror auf dem Balkan

Der Ausgang des Weltkrieges brachte dem Balkan den Friedensvertrag von Neuilly. — Bulgarien, das im Türkenkrieg und Balkankonflikt (1912-13) versucht hatte, sein Gebiet zu erweitern, wurde im Balkankrieg geschlagen und stürzte in eine furchtbare Katastrophe. Der Weltkrieg, der ihm Revanche bringen sollte, endete ebenfalls vernichtend. Bulgarien verlor große Gebiete seiner besten Ländereien und verarmte vollständig. Die durch die große Entente protegierte „kleine Entente" sicherte die durch den Friedensvertrag geregelten Grenzen. Die russische Revolution warf auch über den Balkan eine revolutionäre Welle, die für Bulgarien die Stambuliński-Regierung brachte. Die bulgarische Oligarchie (Herrschaft Einzelner), die nicht beseitigt wurde, konnte sich mit ihlfe Italiens, das den Balkan in seiner alten Form zur Festigung seines Einflusses in Kleinasien brauchte, wieder soweit aufrichten, daß sie am 9. Juni 1923 die Stambuliński-Regierung stürzen konnte. Seitdem wütete der weiße Terror der Zankoff-Regierung mit immer zunehmender Grausamkeit und Schärfe, um der herrschenden Klasse ihre Vorrechte für immer zu sichern. Inzwischen ist dies Henkerregime Zankoffs durch ein demokratisches abgelöst worden.

Rumänien, wie Bulgarien fast ein reines Agrarland, ist jetzt ebenfalls wirtschaftlich zusammengebrochen. Die rumänische Oligarchie muß, um ihre Gewinne auch weiter zu sichern, ihr Ausbeutungs-Regime auch auf die Rumänien zugeteilten Gebiete (Bessarabien) ausdehnen, und zur verschärften Unterdrückung der rumänischen Bauern greifen. Mit doppelgesichtigen „Verwaltungsreformen" versucht sie die erhöhte Auspowerung schmackhaft zu machen, die aber praktisch den Bauern nur größeres Elend bringt, so daß diese schon die Auflösung dieser „Verwaltungsreformen" verlangen. — Die rumänische Agrarkrise wirkt sich für die Bauern furchtbar aus. In den Gebieten, die von einer Mißernte heimgesucht wurden (Bessarabien — Siebenbürgen), müssen die Bauern für eine erbärmliche Unterstützung die schwerste Arbeit verrichten. Die Anbaufläche verringert sich von Jahr zu Jahr. Die Zahl des Jungviehs nimmt ebenfalls stark ab.

Rumänien wie Bulgarien ist den west- und mitteleuropäischen Ländern und Rußland gegenüber nicht konkurrenzfähig. An eine Industrialisierung der Landwirtschaft (wie in den genannten Ländern), ist garnicht zu denken. Die Profitnotwendigkeiten der Oligarchie lassen eine Aenderung nicht mehr zu. Die Bodenkreditanstalt Rumäniens verweigert den Bauern alle notwendigen Kredite. Der Exportausfall zerrüttet die Staatsfinanzen. Die Handelsbilanz ist passiv, die Finanzkrise zeigt auch Rumänien schon das Gespenst der Inflation. In der spärlichen Industrie ist die Krise nicht minder deutlich. Die Metallindustrie beschäftigt durchschnittlich nur 50 Prozent der Arbeiter der Vorkriegszeit und kann kaum 40 Prozent des Eigenbedarfs produzieren. Das Verkehrswesen ist vollkommen zerrüttet. Dies alles beweist den Zusammenbruch und das rumänische Beispiel kann auch auf alle anderen Balkanstaaten angewandt werden. — So wächst Not und Elend der arbeitenden Bevölkerung Rumäniens. Die Löhne der Arbeiter haben kaum das 15—35 fache der Vorkriegshöhe erreicht, der Teuerungsindex beträgt aber das 56½ fache. Die „sozialen Rechte" stehen nur auf dem Papier, die Pflichten werden einkassiert. Viele große Streiks sind ausgebrochen. Selbst die bekannten Korruptionsbeamten rebellieren, daß die „Oeffentlichkeit" für höhere Gehälter eintreten muß, damit das Bollwerk gegen die Revolution bleibe. Die nationalen Minderheiten leiden doppelt und werden zur Empörung getrieben. Die bis aufs äußerste gepeinigten Bauern Bessarabiens versuchten durch einen Aufstand ihre verzweifelte Lage zu lösen. Sie wurden niedergeschlagen, und der darauf einsetzende rumänische weiße Terror stand dem in Bulgarien um nichts nach. Unerhört sind die Quälereien, Folterungen und Urteile des berüchtigten Prozesses von Tatar-Bunar.

Auch Jugoslavien steckt in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Ausgebeuteten rebellieren ebenfalls. Mit Zuckerbrot und Peitsche versucht die Bourgeoisie ihrer Herr zu bleiben. Der einst von der Bourgeoisie verfemte Bauernführer Raditsch führt heute ihre Geschäfte. Der „Moskauer Schuler" entsprossen versucht er, was allerdings im Interesse der ökonomischen Notwendigkeiten des Balkans liegt, die nationalen Gegensätze der einzelnen Balkanstaaten zu überwinden und einen großen Balkanblock, der die Unterstützung Rußlands finden würde, zu bilden. Die im Sommer 1925 vollzogene serbisch-kroatische Verständigung ist wohl der fruchtbare Anfang dieser Bemühungen. Raditschs „Verständigungspolitik" ist mit dem Friedensschluß zwischen den großen südslavischen Stämmen, den Serben, Kroaten und Slovenen, erst am Anfang ihres Beginnens. Man versucht eine Verständigung mit den Bulgaren und Mazedoniern, um so im Südosten Europas einen gewaltigen, alle südslavischen Völker umspannenden Staat zu schaffen. Gehofft wird, daß sich auch die nichtslavischen Völker, hauptsächlich Griechenland, dem kommenden Pan-Balkan anschließen werden. Dieser neue Balkanbund würde eine rein bäuerliche Struktur haben, und soll angeblich Kräfte auslösen, die die Einmischung fremder Interessenten unmöglich machen. Dieser Plan entspricht allein den ökonomischen Notwendigkeiten des Balkans, da die einzelnen Staaten vor dem Ruin stehen. Sie versuchen sich durch Konzentration über die Krise hinwegzuhelfen.

(Schluß folgt.)

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen

An die Ortsgruppen und Einzelgenossen!

Die Bezirksleitung beruft für Anfang Februar eine Bezirks-Konferenz ein.

Prov. Tagesordnung:
1. Politische Lage und Aufgaben der Partei.
2. Organisatorisches.
3. Wahlen.

Anträge zur Bezirks-Konferenz müssen bis spätestens 25. Januar 1926 in Händen der Bezirksleitung sein. Alles Näheres geht noch durch Rundschreiben zu. Weiter ersuchen wir alle Genossen um Abrechnung der Pflichtbeiträge.

Antrag Ronsdorf.

Die Ortsgruppe Ronsdorf beantragt Verlegung des Bezirks-Vorortes. Bezirksleitung Rheinland-Westfalen.

Groß-Berlin

2. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, im Lokal Oehlschläger, Berlichingenstraße 5, Mitgliederversammlung. Referat: **Die Entwicklung der Religion und des Gottesglaubens.** — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Köhn, Neue Hochstraße 28. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung, bei Jakob, Galvanistraße 7. Vortrag: **„Die Akkumulation des Kapitals".** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 15. Januar, abends 7½ Uhr bei Moldenhauer, Nogatstr. 50: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.

16. Unterbezirk (Köpenick) Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung.** — Die Genossen sind verpflichtet, vollzählig zu erscheinen. — Auch Genossen der Union müssen an dieser Mitgliedersammlung teilnehmen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße. Sympathisierende mitbringen. Referat über „Psychoanalyse und Marxismus".

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 15. Januar 1926, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung in Reinickendorf, Ecke Sommer- und Seebockstraße. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

PROLETARIER Nr. 1

Jahrgang 1926

ist erschienen

Preis des Heftes 0,50 Mark

Aus dem Inhalt:

Die weltpolitische Lage seit Locarno und das Proletariat — Das Agrarproblem — Geopolitik und Geo-Oekonomie — Die Zolltragen und die Arbeiterklasse — Bücher — Notizen — Bibliographie.

Entlastet erhöhte Propaganda

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernall-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbaum, Berlin O 17, Langestr. 79.

Die Lebenden den Toten!

7. Jahrg. Nr. 5

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. [illegible]

Januar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 29 (Zentralverlag für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebene Preise. Zahlung bis 5. Bestellungstages für jeden Monats.

Ich war, ich bin, ich werde sein!

Zum Gedächtnis der Opfer der Januarkämpfe von 1919

„Wir müssen aus den Erfahrungen lernen!"
Rosa Luxemburg.

Zum siebenten Male jähren sich die Tage, da die revolutionären Arbeiter Berlins als kühne Vorhut vom Drang des Zukunftsturmes beseelt und getragen, sich der immer stärker gewordenen Gegenrevolution mit ihren sozialistischen Idealen zum Sturm um die Entscheidung, die sowieso fallen mußte, entgegenwarfen. Mit unzulänglichen Mitteln wagten sie es, der immer frecher auftretenden Reaktion ein Halt zu gebieten. Sieben Jahre sind verflossen, seit die Regierung der „Volksbeauftragten" als Sinnbild ihres marschierenden „Sozialismus" sich der wilhelminischen Militärmeute in die Arme warf, um durch diese Söldnerhorden die Revolution im Blute der Arbeiter zu beendigen, seit eine entmenschte Soldateska die Besten aus der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und tausend andere „unbekannte" Helden und proletarische Kämpfer in gieriger Mordlust feige meuchelte.

Und dann nach der Niederknüppelung des Spartakus-Aufstandes, als die „Ordnungshüter" ihr blutiges Werk erledigt hatten, folgte die Arbeit der „trockenen" Guillotine. Fieberhaft arbeiteten Henker und Gerichte. Die Zuchthäuser und Gefängnisse füllten sich und hinter den Gittern erschollen die Schreie der grausam mißhandelten Gefangenen. Das alles vollzog sich unter dem frenetischen Jubel der Orgesch-Gewerkschaften und deren politischen Bravos. Hinter ihnen blieb eine feile Presse nicht zurück, deren Käuflichkeit während des Weltkrieges und im November 1918 den schamlosesten Verrat an der Arbeiterklasse verübte. Gleich nach ihrem Wiedererscheinen war sie emsig bellissen als treuer Kettenhund des Kapitals, den toten Proletariern den Lorbeer von der blutigen Stirn zu reißen und ihnen das Merkmal des Verbrechens aufzudrücken.

In heuchlerischer Verlogenheit entrüstet sich gerade in diesen Tagen der „Vorwärts" darüber, daß im Prozeß gegen die Münchener Proletarierschlächter, die einst Noske zur Niederschlagung der Münchener Räterepublik nach Bayern entsandte, zwei Weißgardisten die Ermordung von fünfzehn Proletariern dadurch rechtfertigen, daß deren „Erschießen auf der Flucht" die Gerichte der demokratischen Hindenburg-Republik bisher als Entschuldigung für den schlimmsten Meuchelmord haben gelten lassen.

Ohne diese Klassenfeinde aus dem Auge zu verlieren, tritt heute das Proletariat mitten in einem unerhörten Krisenorkan der kapitalistischen Wirtschaft und einer rücksichtslosen Offensive der Reaktion für einen Augenblick in der Kampflinie zusammen, um rückschauend den Golgatha-Weg, den es gegangen ist, mit allen seinen Leiden und Erfahrungen zu überblicken, um die Grenzen des Erkämpften abzustecken und kühn vorwärts schauend, den Blick auf das Endziel, den Kommunismus, gerichtet, mit den gewonnenen Erkenntnissen zu neuen Kämpfen sich zu rüsten. Das revolutionäre Proletariat findet sich für eine kurze Zeitspanne zusammen, um seine roten Fahnen zu senken und der hunderttausende Opfer zu gedenken, die mit ihren Leibern todesmutig in den Riß der Zeit sprangen, um ihren nachstürmenden Klassengenossen eine Brücke zu bauen.

Ein schier endloser, blutiger Reigen bekannter und unbekannter Helden. Erschlagen, erstochen, gemeuchelt oder „auf der Flucht erschossen", so ist ihr Schicksal mit ehernen Buchstaben im Buch der Geschichte der proletarischen Revolutionen eingetragen. Sie haben den Feuerbrand an die Grundfesten der bürgerlichen Ordnung gelegt und bezahlen diese wagemutige Tat mit ihrem Leben.

Aber die Ausbeutungsordnung ist im Fundament erschüttert, und der heilige Profit droht endgültig von seinem Altar gestürzt zu werden.

Der Dawes-Versklavungsplan, der Londoner Pakt und die Locarno-Verträge sind vergebliche Versuche der Welthourgeoisie, die Götterdämmerung des Kapitalismus zu bannen. Die von dem Monopolkapitalismus entfalteten Produktivkräfte vertiefen mehr und mehr mit unverhüllter Brutalität die Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Fast kein Land bleibt von den Zerfallserscheinungen verschont. Eine Konferenz der Kapitalisten jagt die andere, ohne dauernd einen sichtbaren Erfolg zu bringen. Im Gegenteil! Neue Kriege sind in Marokko, Syrien und China aufgeflammt als Zeichen der Unmöglichkeit des Kapitalismus, die auf die Spitze getriebenen Widersprüche zu bannen.

Kein Mittel lassen die zum Untergang bestimmten Klassen unversucht, um die alte Tretmühle wieder in Bewegung zu setzen und ihre alte Herrschaft wieder aufzurichten. Die Ausbeutung der arbeitenden Klasse wird unter der Parole „Rationalisierung" und der „Wirtschaftsdiktatur" bis zum Weißbluten gesteigert. Um den Lohnsklaven das Genick zu brechen und ihnen die Halseisen der verlängerten Arbeitszeit und des Lohnabbaus anlegen zu können, werden Arbeitende und Arbeitslose gegeneinander ausgespielt. Auf dem Rücken der unterjochten Proletarier vollzieht sich der Totentanz der bürgerlichen Gesellschaft. Jeder weitere Tag Leben dieser „Ordnung" bedeutet den weiteren Tod proletarischer Klassengenossen. Die Lebenshaltung der Ausgebeuteten ist längst unter das Mindestmaß des Daseins gesunken. Völlig unterernährt und zerrüttet halten Hungertod und Selbstmord unter ihnen reiche Ernte, während eine Handvoll Parasiten mit ihren Dirnen schlemmen und prassen.

Inzwischen bricht eine Katastrophenatmosphäre immer gewaltiger herein. Vereinzelte Arbeitslosenkrawalle durchbrechen die bürgerliche Ruhe und Ordnung. Die KPD., die „einzige Arbeiterpartei Deutschlands", schändet in ihrer „Roten Fahne" das Andenken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs mit ihrer Propaganda und Agitation für die Führer der Amsterdamer Internationale und der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Kleinbürgern für einen sogenannten parlamentarischen Kleinblock der Arbeiter. — Gewiß ist die Einheit der Arbeiterklasse ein köstliches Gut und eine Notwendigkeit des endgültigen Sieges. Doch kommt es entschieden darauf an, mit wem die Einigkeit vollzogen werden soll. „Erst Klarheit, dann Einigkeit!" hat einst Karl Liebknecht geschrieben. Wer sind die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, mit denen die KPD. die internationale Einheit und eine reale Arbeiterpolitik treiben will? Niemand besser als die ermordeten Januarkämpfer, als die proletarische Revolution mit ihrem blutigen Leben können auf diese Fragen Antwort erteilen.

Vor sieben Jahren erkannten die Arbeiter noch nicht, daß die proletarische Revolution nur siegen kann mit einen klaren Programm und den dazu notwendigen revolutionären Klassenkampforganisationen.

Arbeiter-Räte im Betrieb!
Revolutionäre Räte in der Kommune!
Räte-Diktatur als Ausdruck proletarisch-revolutionärer Gewalt!

Die Betriebe mit ihrem Inhalt sind die natürlichen Stützpunkte und Organisationsreservoire der kämpfenden Arbeiterklasse. Die Revolution kann nur siegen, wenn sie die Konterrevolution besiegt.

Mitten in diesem Ringen um eine neue Welt findet sich das revolutionäre Proletariat zusammen und gedenkt seiner Toten, nicht um eine Klagelied anzustimmen, um

Nach sieben Jahren

Nur die revolutionäre Tat bringt Rettung.

Wiederum Januar. — Doch welch ein Unterschied zwischen dem Januar 1919 und dem von 1926.

Damals, vor sieben Jahren, unternahm der klarblickendste und entschlossenste Teil des revolutionären Proletariats von Berlin den heldenhaften Versuch, der Umwälzung in Deutschland vom November 1918 einen sozialistischen Inhalt zu geben. Dieser Versuch mißlang leider. Er mußte mißlingen, weil noch große Teile des Proletariats an ein langsames Hineinwachsen vom Kapitalismus in den Sozialismus und Kommunismus glaubten.

Heute erkennt wohl jeder denkende Proletarier, wie recht die damaligen Klassenkämpfer hatten, als sie aus einer halben eine ganze Revolution, **eine proletarische Revolution** machen wollten. Zerronen ist heute der Traum von der formalen Demokratie innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsordnung. Die Bourgeoisie diktiert brutal Millionen von Proletariern den Hungertod. Tausende werden noch in den Zuchthäusern und Gefängnissen langsam aber sicher zu Grunde gerichtet. Ueber zwanzig Tausend der besten Revolutionäre liegen erstochen, erschlagen, „auf der Flucht erschossen" oder bestialisch ermordet von den Landsknechten dieser Republik unter der Erde.

Die durch den Weltkrieg gesteigerte Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat sich trotz aller krampfhaften Versuche seitens der Bourgeoisie und ihrer Lakaien (Parlamentspfaffen und Gewerkschaftsbesitzer), sie zu überwinden, **als unheilbar** erwiesen. Teuer, mit dem Blute seiner Besten muß stets das Proletariat seine Illusionen bezahlen. An die Stelle der Schlagworte der „von Kopf bis Zeh beschmutzten" Sozialdemokratie von 1919: **„Nur Arbeit kann uns retten!"** und **„Sozialismus ist Arbeit!"** lautet jetzt die Losung der Bourgeoisie für das Proletariat:

„Wir müssen den Willen zur Armut haben!"

Die „Bereinigung" der Wirtschaft durch die Rationalisierung, — nur neue Worte für die alte Parole des ADGB.:

„Mehr arbeiten, weniger verbrauchen!"

stößt täglich Tausende von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß und gibt sie dem Verhungern preis. Vollendete Armut, wie die Bourgeoisie sie auffaßt. Selbstmorde sind unter Proletariern zur Epedemie geworden. Der andere Teil der Proletariats, der noch in den Betrieben befindliche, kuscht sich, größtenteils aus Furcht, vielleicht morgen schon auf dem Stempelmarkt zu liegen und läßt sich sogar, oft mit Hilfe seiner Fachgewerkschaft bei steigender Teuerung einen 10—20 prozentigen Lohnabbau, wenn auch murrend, gefallen. Zerrissen und gespalten steht die Arbeiterklasse da. Ein großer Teil wird noch immer beherrscht von den „Führern", den Besitzern der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien. Was den Kaisersozialisten nicht mehr gelang, die Massen in die Orgeschgewerkschaften zurückzutreiben, versucht

jeden, der schon fiel. Noch ist keine Zeit zu trauern. Aufs neue erklingen die Drommeten, es gilt neuen Kampf. Mag auch zurzeit die Gegenrevolution auf der ganzen Linie im Vormarsch sein, keine Klassenjustiz, kein Ausnahmegesetz und Verbot, kein parlamentarischer Schwindel und gewerkschaftlicher Verrat wird der Geschichte ehernes Muß aufhalten. Die Revolution lebt trotz alledem, und alledem. Mag sie auch im Augenblick nicht mit wehenden Lockenhaar einherschreiten, sondern in den Zuchthäusern und Gefängnissen sitzen, zerknebelt und gefesselt. Der Geist und der Opfermut der dahingesunkenen unsterblichen Vorkämpfer ist ihr Schwert und ihre Flamme. Sie wird einst die roten Banner über die Gräber der Geschlagenen schwingen und prophetisch wird es von den Lippen nellingen:

Ich war, ich bin, ich werde sein!